



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0362/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 13.09.2011

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Gerhard Merz - MdL - und Dr. Wolfgang Deetjen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Frauen, Integration und Sport	21.09.2011	Beratung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	26.09.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	06.10.2011	Entscheidung

Betreff:

**Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, einen **Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen** einzurichten.

Der Beirat soll insbesondere

- Vorschläge für einen kommunale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Stadt Gießen machen
- den kommunalen Aktionsplan mit entwickeln und seine Umsetzung begleiten
- sich für die Belange von Menschen mit Behinderungen in Gießen einsetzen
- sich auch besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen widmen, z. B. Studierenden mit Behinderungen, alleinerziehende Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten mit Behinderung

Mitglieder dieses Beirates sollen vor allem Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen sein. Daneben sollten ihm angehören: Lebenshilfe, Amt für soziale Angelegenheiten, Stadtplanungsamt, Jugendamt, Vertreter/innen der Fraktionen, Wohlfahrtsverbände, Ausländerbeirat, Schulverwaltung etc. Je nach zu bearbeitenden

Themenschwerpunkten werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterer Fachämter der Stadtverwaltung und anderer Organisationen eingebunden.“

Begründung:

Zu den Menschen mit Behinderung zählen gemäß Artikel 1 der UN-Behindertenrechtskonvention „Menschen, die langfristig körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“

Die Stadt Gießen hat in den vergangenen Jahren bereits Anstrengungen unternommen, um für diesen Personenkreis auf unterschiedlichen Gebieten eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Trotzdem gibt es auch in Gießen ebenfalls auf unterschiedlichen Gebieten immer noch Barrieren, die dies verhindern.

Ein mit Experten besetzter Beirat sollte eine Bestandsaufnahme erstellen, aktuelle Bedarfe ermitteln und dem Magistrat Maßnahmen zur Beseitigung vorschlagen.

Gerhard Merz, MdL
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Dr. Wolfgang Deetjen
(Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen)